



8/2011

1. Entlastung der unteren und mittleren Einkommen

Die christlich-liberale Koalition wird kleinere und mittlere Einkommen zum 1. Januar 2013 steuerlich entlasten und die kalte Progression vermindern. Damit sorgen wir dafür, dass mehr netto vom Bruttoeinkommen beim Steuerzahler verbleibt. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung ergeben sich aufgrund höherer Wachstumswerte zusätzliche Handlungsspielräume auf der Einnahmeseite. Die Koalition wird im Herbst die vorhandenen Spielräume ausnutzen und einen Gesetzentwurf vor der endgültigen Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2012 vorlegen. Außerdem werden wir angesichts der guten Beschäftigungslage die Sozialversicherungsbeiträge senken. So erreichen wir, dass alle Bürger am Aufschwung teilhaben können. Mit dieser Entscheidung setzt die christlich-liberale Koalition den Kurs der steuerlichen Entlastung der Bürger konsequent fort: Bereits im Jahr 2010 hatten wir mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Kindergeld und die Kinderfreibeträge deutlich angehoben und die Steuerzahler mit über 20 Milliarden Euro entlastet. Durch das Steuervereinfachungsgesetz, das im Wesentlichen zum 1. Januar 2012 in Kraft tritt, wird zusätzlich zu den Steuervereinfachungen auch die Steuerbelastung um rund 600 Millionen Euro gesenkt. Durch die vereinbarte weitere Entlastung zum 1. Januar 2013 entsteht für die Bürger ein zusätzlicher finanzieller Freiraum. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Konsum und mehr Investitionen. Die Binnennachfrage wird gestärkt. Steuerpolitik ist damit auch Wachstumspolitik. Gleichzeitig setzt die christlich-liberale Koalition ihren Konsolidierungskurs fort. Die Schuldenregel wird eingehalten. Die gute wirtschaftliche Entwicklung sorgt dafür, dass beides möglich ist: Die Sanierung des Bundeshaushaltes und die Entlastung der Bürger.

2. Bildungsniveau in Deutschland steigt

Das allgemeine Bildungsniveau ist in den letzten Jahren in Deutschland deutlich gestiegen. Erreichten im Jahr 2000 noch 25 Prozent aller Schüler die Hochschulreife, so waren es im Jahr 2009 bereits 30 Prozent. Im selben Zeitraum ging auch der Anteil der Schulabbrecher merklich zurück. Er sank von 8,5 Prozent im Jahr 2004 auf 7,0 Prozent im Jahr 2009. Hingegen stieg der Anteil der Gymnasiasten von 23 Prozent auf 30 Prozent. Gleichzeitig stieg auch das Leistungsniveau merklich: Die 15-jährigen deutschen Schüler haben sich zwischen 2000 und 2009 um 13 Punkte im PISA-Testbereich Lesen gesteigert. In den Bereichen Mathematik und Naturwissenschaften liegt Deutschland inzwischen sogar über dem OECD-Durchschnitt. Auch Kinder mit Migrationshintergrund werden heute erheblich besser gefördert. Betrug der Abstand im Testbereich Lesen zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund im Jahr 2000 84 Punkte, so waren es 2009 56 Punkte. Was den Bereich der beruflichen Bildung betrifft, so sind dort inzwischen mehr offene Stellen als unversorgte Bewerber zu verzeichnen. Für 2011 ist zudem mit einer weiteren Verbesserung zu rechnen. Die Anzahl der betrieblichen Ausbildungsverträge stieg von 518.506 im Jahr 2009 auf 519.030 im Jahr 2010. Hingegen sank die Zahl der Altbewerber um einen Ausbildungsplatz um 30 Prozent – von 262.817 in 2008 auf 184.745 in 2010. Den BAföG-Höchstsatz hat die Union in dieser Wahlperiode auf 670 Euro erhöht. Er liegt jetzt 15 Prozent höher als unter der letzten rot-grünen Bundesregierung. Auch die Zahl der BAföG-geförderten Studenten, die einen Teil ihres Studiums im Ausland verbringen, ist signifikant gestiegen. Sie hat sich zwischen 2005 und 2009 von 13.000 auf 26.000 verdoppelt. Mit dem Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern sind mit Blick auf die Aussetzung der Wehrpflicht und doppelte Abiturjahrgänge zusätzliche Studienplätze geschaffen worden. Inzwischen studieren 46 Prozent eines Jahrgangs, 2005 waren es nur 27 Prozent.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196
cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92
cajus.caesar@wk.bundestag.de
www.cajuscaesar.de

3. Neue Technologien zur Speicherung von Kohlendioxid erforschen

Das Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid ermöglicht die weitere Erforschung sowie die Erprobung und Demonstration der CCS-Technologien in Deutschland. Das Gesetz dient der Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid in deutsches Recht. Die Zulassung von Kohlendioxidspeichern ist mengenmäßig und zeitlich begrenzt. Zusätzlich verfügen die Länder über weitere Möglichkeiten, auf ihrem Territorium Gebiete für die Erprobung und Demonstration der Kohlendioxidspeicherung festzulegen oder auszuschließen.

4. Beschleunigung und höhere Wirtschaftlichkeit der gerichtlichen Verfahren

Das Gesetz zur Intensivierung des Einsatzes von Videokonferenztechnik in gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren soll zu einer Verfahrensbeschleunigung und einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit gerichtlicher Verfahren beitragen. Mit der Bereitstellung der Videokonferenztechnik durch die Justizverwaltung wird den Verfahrensbeteiligten in geeigneten Fällen die Gelegenheit geboten, an gerichtlichen Verfahren ohne Reisetätigkeit teilzunehmen. Vorgesehen sind auch Regelungen zur Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen und Angeklagten unter Verzicht auf ihre persönliche Anwesenheit.

5. Caesar spricht sich für die begrenzte Zulassung der PID aus

Der Bundestagsabgeordnete Cajus Caesar begrüßt den Beschluss des Deutschen Bundestages über die begrenzte Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID), welcher die Methode zur Untersuchung künstlich befruchteter Eizellen gesetzlich regelt. In der sehr intensiven dreistündigen Debatte wurden drei fraktionsübergreifende Anträge beraten. Der beschlossene Antrag sieht eine begrenzte Zulassung der PID vor. Ein weiterer Antrag stand für den Verbot mit Ausnahmen, der dritte Antrag – für ein völliges Verbot. Nach der neuen Regelung wird der spezielle Gentest an Embryonen zugelassen, wenn Paare eine Veranlagung für eine schwerwiegende Erbkrankheit in sich tragen oder bei ihnen mit einer Tod- oder Fehlgeburt zu rechnen ist. Zudem soll über die Zulassung eine spezielle Ethikkommission in jedem einzelnen Fall entscheiden. Caesar: „Ich denke, dass die Zulassung der PID, die unter strengen Bedingungen in den einzelnen Fällen erfolgt, es ermöglicht, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden und Ja zu einem eigenen Kind zu sagen. So werden die Frauen in einer schwierigen Notlage unterstützt und die Chance den Familien mit einem sehnlichen Kinderwunsch gegeben“.

7. Caesar: Investitionen für Kommunen erfolgreich gesichert

Die Sonderauswertung des KfW-Kommunalpanels 2010 belegt, dass ein Teil des unter Rot-Grün in den Jahren 1998 bis 2005 aufgebauten kommunalen Investitionsstaus durch die unionsgeführte Bundesregierung aufgelöst wurde. In den Jahren der Finanzkrise 2009 und 2010 stammte jeder sechste in den Kommunen investierte Euro aus den Mitteln der Konjunkturpakete. Ohne die konjunkturellen Maßnahmen des Bundes und der Länder hätten die Investitionen der Kommunen sowohl im Jahr 2009 wie auch im Jahr 2010 als Folge der kritischen Finanzlage deutlich abgenommen. Tatsächlich verzeichnete die Gesamtentwicklung der kommunalen Investitionen einen im besten Sinne als „antizyklisch“ zu bezeichnenden Zuwachs von 1,7 Prozent im Jahr 2009 und in 2010 einen weiteren Anstieg von 5,5 Prozent auf 23,1 Milliarden Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts bedeutete dies allein 2010 für die darin enthaltenen Bauausgaben eine Steigerung um 10,5 Prozent auf 18,6 Milliarden Euro. Der Fokus des Zukunftsinvestitionsgesetzes (Konjunkturprogramm II) lag auf der Bildungsinfrastruktur, was sich deutlich in den Investitionsschwerpunkten der Kommunen widerspiegelt: Fast 80 Prozent der Kommunen planten bereits im Jahr 2009 Investitionen im Bereich Schulen oder waren dabei, diese umzusetzen. 46 Prozent der Kommunen planten im Jahr 2009 Investitionen in Kinderbetreuung. Entscheidend für die weitere Umsetzung war, dass die christlich-liberale Koalition im April 2010 mit dem Gesetz zur Abschaffung des Finanzplanungsrates auch das summenbezogene Zusätzlichkeitskriterium im Zukunftsinvestitionsgesetz (Konjunkturpaket II) beseitigte. Diese Korrektur führte zu erheblichen administrativen Erleichterungen und mehr Rechtssicherheit bei den Kommunen.

6. Caesar setzt sich für die Stärkung des Handwerks ein

Die von Cajus Caesar mit initiierte Große Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Wirtschaftsmacht Handwerk – Impulse für Wachstum und Beschäftigung verdeutlicht, hat große Bedeutung für das Handwerk als Wirtschaftszweig für unsere Volkswirtschaft. Zudem verdeutlicht sie, welche Maßnahmen von der Seite der unionsgeführten Bundesregierung in den letzten Jahren für das Handwerk unternommen wurden. Mit dem parallel zur Großen Anfrage eingebrachten Antrag Wirtschaftsmacht Handwerk – kein Wachstum in Deutschland ohne das Handwerk werden, an dem Caesar ebenfalls mitwirkte, werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die positive Entwicklung des Handwerks in Deutschland in der Zukunft verstetigt und fortgeführt werden kann. Caesar: „Das Handwerk ist wegen seines Wertschöpfungsbeitrags, seiner Personalintensität, seiner Ausbildungsleistung und den wachsenden technischen Anforderungen weiterhin von besonderer Bedeutung für Wirtschaft und Aufschwung in unserem Land. Daher fordern wir die Bundesregierung auf, im Rahmen bestehender Hausmittel die Maßnahmen zu prüfen, mit denen das Handwerk gestärkt in die Zukunft gehen kann. Die Ansatzpunkte liegen für uns in der wirtschaftlichen und anspruchsvollen Gebäudesanierung, der betrieblichen Energieintensität, der Transparenz und Zugänglichkeit von Förderprogrammen, der Rekrutierung und Existenzgründung sowie der Ausschreibungs- und Besteuerungspraxis.“



Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads "Cajus Caesar". The signature is written in a cursive, flowing style.

Cajus Caesar